

Vortrag von Lothar de Maizière beim Konversionssommer am 5. Juni 2019 in Rathenow

„Abzug der russischen Streitkräfte (2+4 Vertrag) Die größte militärische Aktion zu Friedenszeiten“

Anrede,

lassen Sie mich mit zwei Schlaglichtern, zwei ganz persönlichen Erinnerungen beginnen. Die erste verbindet sich mit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Dieses erlebte ich als fünfjähriges Kind in Nordhausen, meiner Geburtsstadt. Nach den grauenvollen und militärisch völlig sinnlosen Bombardements, die Nordhausen noch Anfang April 1945 zu über 80 % zerstörten, wurde es zunächst von den Amerikaner besetzt. Diese beriefen meinen Großvater, wohl wegen seiner Zugehörigkeit zur „Bekennenden Kirche“ zu einem der fünf Stadträte, zu einem der „Big Five“, wie die Amerikaner sie nannten.

Allein diese Tatsache reichte aus, dass die wenige Monate später Nordhausen übernehmenden Sowjets ihn abholten, ihn über Stunden in kaltem Wasser stehend verhörten und ihn schließlich schwerkrank aus dem Haftkrankenhaus Gäfentonna entließen.

Meine zweite Erinnerung, von der ich Ihnen heute erzählen möchte, liegt inzwischen auch schon wieder 25 Jahre zurück.

Den größten Teil meiner späteren Jugend und des Erwachsenenendaseins habe ich in Berlin-Treptow gelebt. Ich befand mich damit quasi im Schatten des großen sowjetischen Ehrenmals, und damit im Schatten des Ortes, an dem die Sowjets über Jahrzehnte im Februar den Tag der Roten Armee, im November den Tag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und am 9. Mai den Tag des Sieges, wie sie ihn nannten, begingen.

Sie hielten damit Zeremonien ab, die immer auch das Ziel verfolgten, deutlich werden zu lassen, wer der Herr im Hause ist.

Vor diesem Hintergrund steht meine zweite Erinnerung:

Wir schreiben den 31. August 1994, ein sengend heißer Tag in Berlin. In Anwesenheit von Präsident Jelzin und Bundeskanzler Kohl werden die russischen Truppen, die WGT, verabschiedet. Auf der einen Seite in diesem Treptower Ehrenmal stehen Bundeswehrtruppen in ihren Paradeuniformen und auf der anderen Seite die Russen in der

sattsam bekannten khakifarbenen Uniform. Die Dauer der Veranstaltung, die unsägliche Hitze und der schlechte Ernährungszustand der russischen Soldaten führten dazu, dass ein Russe nach dem anderen umfällt und möglichst unauffällig von Sanitätern beiseite getragen wird.

Der Blick in die Augen der ausmarschierenden wehrpflichtigen jungen Russen bestätigt mir, und darüber kann auch das von der Militärkapelle trotzig geblasene „Muß' i denn, muß' i denn zum Städtele hinaus“ nicht hinwegtäuschen, hier ziehen geschlagene Sieger ab.

Zwischen meinen frühen Erinnerungen und diesem Bild lagen 50 Jahre. Ein halbes Jahrhundert musste vergehen, bevor die Folgen der Katastrophe zweier Weltkriege überwunden werden konnten. Die Tatsache, dass so viele „geschlagene Sieger“ zurückblieben, ist für das Ausmaß der eingetretenen Verwüstungen bezeichnend.

Vor dem Hintergrund dieser Erinnerungen werden die ganze Irrationalität und der Wahnsinn der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unübersehbar. Zwischen den beiden Eindrücken, wie gesagt, liegen 50 Jahre. Das war voraussichtlich mehr als die Hälfte meines bewussten Lebens.

Dazwischen liegen Erinnerungen an den 17. Juni 1953, den ich als 13jähriger Junge in Berlin erlebte, liegen die Bilder, die uns 1956 aus Budapest erreichten, als die Ungarn den Aufstand wagten. Dazwischen liegt die Zerschlagung unserer großen Hoffnung, die sich mit dem verband, was die Geschichte inzwischen „Prager Frühling“ nennt. Dazwischen liegen aber auch die Erinnerungen an die Bilder, die uns im Sommer 1990 aus Riga und Litauen erreichten und die den endgültigen Zusammenbruch eines Weltreiches ankündigten. Sie hätten aber genauso die Vorboten eines furchtbaren Bürgerkriegs sein können.

Aber auch das bleibt wahr: Die moralischen Anstöße, das Menschliche wieder einzufordern und die großen Defizite in der Gesellschaft offenzulegen, kamen nie nur aus dem Westen, sondern immer auch aus dem Osten. Die sowjetische Literatur spielte in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Ich erinnere an Alexander Solschenizyn, Daniel Granin, Valentin Rasputin und Tschingis Aitmatow. Ihre Bücher wurden Zufluchtsorte und Orientierungspunkte lange vor Michael Sergejewitsch Gorbatschow, lange vor Glasnost und Perestroika.

Doch lassen Sie mich zu den nüchternen Zahlen u d Fakten zurückkehren.

Was bedeutete neben den geopolitischen Aspekten die fast 50-jährige Anwesenheit russischer Truppen auf deutschem Boden, zunächst in der SBZ und später in der DDR?

Vor allem war sie stets sichtbarer Ausdruck für die Zerstörung des „alten Europas“, wie Stefan Zweig es in seiner „Welt von gestern“ noch beschrieben hatte. Daneben war sie die permanente Garantie für den Fortbestand der kommunistischen Herrschaft über die ostdeutsche Bevölkerung. Ein Wiedererstehen Deutschlands in der Mitte Europas war dadurch ausgeschlossen. Niemals in der Geschichte hat ein Volk das Urteil der Sieger über sich gründlicher und zuverlässiger vollstreckt, als die Deutschen es getan haben. Die Mauer wurde dafür das steinerne Symbol. Das auch noch als den Willen des Volkes auszugeben, war der Kern der Unwahrheit, in der alle Deutschen von nun an gelebt haben.

Diese Anmaßung und permanente Unwahrhaftigkeit schuf die Grundlage dafür, dass der Ruf „Wir sind das Volk“ 1989 wie eine Offenbarung zündete. Immer erst, wenn die Wahrheit wieder öffentlich ausgesprochen wird, kann sie ihre legitime Herrschaft zurückgewinnen.

Genau davor hatten die Mächtigen spätestens seit dem 17. Juni 1953 eine panische Angst. Ihr einziger Schutz blieb die sowjetische Armee. Dessen waren sie sich stets sehr wohl bewusst.

Erst als die Sowjetunion unter Gorbatschow nicht mehr bereit war, diese Funktion des Machtgaranten zu erfüllen, war es um die SED-Herrschaft geschehen. Sie brach wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Im Willen des Volkes hatte sie längst keinerlei Grundlagen mehr.

Eine kleine Herrschaftsschicht allerdings war bis zuletzt bereit, die Ausplünderung des Volkes, der Volkswirtschaft und die ökologische Ruinierung weiter Landstriche unserer Heimat hinzunehmen.

Was bedeutete dies im Einzelnen?

Ungefähr 10 % der Fläche der ehemaligen DDR wurden als Truppenübungsplätze und Standorte der Sowjetarmee genutzt. In den Grenzregionen (Thüringen und Sachsen Anhalt) und insbesondere um Berlin herum, in Brandenburg, waren es größere Flächen als in anderen Gegenden. Durch die von der Sowjetunion vorgegebenen Wechselkurse entstand Ostdeutschland über Jahrzehnte ein gewaltiger finanzieller Schaden. Die DDR wurde so in die Lage gebracht, den Großteil der Stationierungskosten der Roten Armee zu tragen.

Wie funktionierte dies?

Wir erinnern uns: Es gab einen touristischen Kurs, d. h. Touristen mussten drei Mark der DDR für einen Rubel hingeben. Innerhalb des RGW gab es einen ökonomischen Umrechnungskurs, der betrug 2,34. 2,34 Mark der DDR ergaben einen Verrechnungsrubel bei der RGW-Bank. Bei den Stationierungskosten allerdings galt, dass wir 5,50 Mark der DDR hingeben mussten, um so einen Verrechnungsrubel bei der RGW-Bank gutgeschrieben zu bekommen, d. h. abgekürzt, $\frac{3}{5}$ der Stationierungskosten wurden von uns getragen, und dies waren im Jahr ca. 4 Mrd. Mark der DDR.

Der Schaden wurde darüber hinaus noch dadurch vergrößert, dass die Russen von diesem Geld in der Regel hochsubventionierte Waren kauften, wie Lebensmittel und andere Dinge des täglichen Lebens. Wir haben im Jahr 1990 ausgerechnet, dass allein in dem kurzen Zeitraum von 1980 bis 1990, das heißt in den letzten 10 Jahren, auf diese Weise bereits umgerechnet in DM ein Schaden in Höhe von 18 Mrd. DM entstanden war.

Das Verhältnis zwischen den sowjetischen Truppen und der DDR war bis 1957 weitgehend unregelt. Obwohl die Sowjets 1949, wie es hieß, die vorläufige Verwaltungsfunktion auf die DDR übertragen hatten, gab es für die Beziehungen zwischen der DDR und der Sowjetunion und den Truppen keine klare Regelung. Dies änderte sich erst mit dem Rechtshilfeabkommen der UdSSR und der DDR vom 20. August 1957. Dies brachte eine etwas größere Rechtssicherheit für DDR-Bürger, beispielsweise für von den Truppen verursachte Schäden. Aber auch die hier entstehenden Lasten wurden von der DDR getragen. Es gab eine spezielle Abteilung der Staatlichen Versicherung der DDR in Berlin, die keinen anderen Auftrag hatte, als die von sowjetischen Truppen bei der deutschen Zivilbevölkerung angerichteten Schäden schnell und großzügig, wie es hieß, zu entschädigen, um so keine Redereien zuzulassen.

1957 wurde auch das Inanspruchnahme-Abkommen vom 25. Juli 1957 und letztlich das oben skizzierte Abkommen über die Finanzierung der Stationierungskosten geschlossen.

Dennoch: Diese Festlegungen waren zum größeren Teil das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben standen. Insbesondere nach dem Inanspruchnahme-Abkommen hätte es bei allen Baumaßnahmen der Absprache mit deutschen Behörden bedurft, was jedoch nicht geschah. Innerhalb der Liegenschaften wurde trotz Abkommen wild gebaut, und die jeweiligen Kommandeure entschieden vor Ort, was sie für gut und für richtig befanden.

Mit dem teilweise schlimmen Erbe waren wir im Umgang mit den ehemaligen Garnisonen noch über Jahrzehnte beschäftigt. Oft halfen Bundesgartenschauen, die notwendigen Sanierungen umfassend vornehmen zu können, wie beispielsweise in Magdeburg und in Potsdam. Aber bis heute sind längst nicht alle Folgen der Stationierung beseitigt.

Das Gebaren der Besatzungstruppen stellte immer deutlich vor Augen, dass die DDR nie Herr im eigenen Hause war. Es bedurfte mühsamer und zäher Verhandlungen, um kleinste Verbesserungen zu erreichen. Letztendlich endeten diese Versuche aber alle an den offiziell nicht vorhandenen Panzerstrecken, die unser Land durchzogen und für den Fall einer Westinvasion vorgesehen waren.

Dass die DDR kein reiches Land war, wissen wir. Dennoch wurden, trotz ständig akuten Wohnungsmangels für die eigene Bevölkerung, allein zwischen 1967 und 1988 32.565 Wohnungseinheiten gebaut, die den sowjetischen Truppen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden. Das kostete die DDR in diesem Zeitraum bereits umgerechnet 428 Mio. DM (Die Zahlen, die ich nenne, sind bereits umgerechnet in DM).

Die Rekonstruktion, Wartung und Pflege mobiler Kampftechnik schlug im gleichen Zeitraum mit 307 Mio. DM zu Buche, und der Neubau oder die Rekonstruktion von Flugplätzen kosteten rd. 423 Mio. DM. Die Flächen, auf denen ohne Zustimmung Pionierarbeiten durchgeführt wurden, mussten in den vergangenen Jahrzehnten aufwendig rekultiviert werden. Es handelte sich am 1. Juni 1990 um ca. 330 unberechtigt genutzte Räume.

Uns wird die Belastung durch Umweltschäden noch weiterhin viele Jahre beschäftigen, und es wird insgesamt mindestens eine weitere Generation dauern, bis wir die Spuren des 50jährigen Aufenthaltes beseitigt haben. Zum Glück sind inzwischen große Fortschritte bereits unübersehbar.

Wie war das mit dem Wissensstand vor 30 Jahren überhaupt?

Zehn Tage nach dem Amtsantritt der ersten frei gewählten Regierung erwarteten wir eine Aussage darüber, wieviele Sowjetbürger sich in unserem Land befänden. Wir benötigten dies im Hinblick auf zukünftige Maßnahmen. Ich erwähne nur die Währungsunion. Aber selbst die militärische Führung der Nationalen Volksarmee war nicht in der Lage, genauere Angaben über die Zahl der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen zu machen. Dafür hatten wir aber im eigenen Verteidigungsministerium in Strausberg eine Gruppe von 12 Generalen und Obristen der WGT, die dort unkontrolliert ein- und ausgingen und über ihre

Tätigkeiten nie anderen Rechenschaft schuldig waren. Heute wissen wir, es waren in den 10 Jahren, die ich überblicken kann, im Schnitt 380.000 Soldaten, rund 100.000 Sicherstellungskräfte und rund 200.000 Angehörige – denn, Sie entsinnen sich, häufig hatten die Offiziere ja ihre Familien und Kinder hier, das heißt 680:000 Menschen. Darüber hinaus gab es eine ganze Reihe von zivilen Angestellten, deren genaue Zahl nicht mehr feststellbar ist. Auf dem Boden der DDR war in Jahrzehnten ein gewaltiges Bedrohungspotential angehäuft worden, ein Bedrohungspotential, wie es wohl in keinem anderen Raum zur damaligen Zeit in gleicher Höhe zu verzeichnen gewesen ist. Auch das will ich versuchen zu benennen.

Die WGT, die Westgruppe, hatte am Ende auf dem Boden der DDR rund 1,2 Mio. t Munition gelagert. Beim Abzug mussten wir die russischen Truppen sogar bitten, einen Teil davon dazulassen, da er durch Überlagerung nicht mehr transportfähig war und wir befürchten mussten, dass beim Abtransport explodierende Munition uns die Bahnkörper zerreißen würde. Die NVA hatte im gleichen Zeitraum rund 300.000 t Munition. Es lagerte hier insgesamt etwa 4.500 t Raketentreibstoff, es standen hier Tausende von Panzern. Die NVA besaß 2.300 Stück, die Russen ein Mehrfaches davon. Die WGT besaß hier weit über 1.000 Flugzeuge.

Durch zähe und hoch kontroverse Verhandlungen gelang es uns, für 1990 Waffenlieferungsverträge der Sowjetunion an die DDR im Umfang von 2,1 Mrd. Mark der DDR zu stornieren. Allein die Zahl dessen, was im damaligen Zeitraum zu stornieren war, lässt Rückschlüsse auf die Belastung zu, die die DDR über Jahrzehnte zwangsweise zu tragen hatte, um Technik zu kaufen.

Im ersten Zug haben wir damals vereinbart, dass 12 Kampfhubschrauber, 12 Transporthubschrauber, 9 Funkstationen, 7 Richtfunkstationen, 190 Tankwagen, 78 Entgiftungsanlagen, 334. Flakraketen, 10.368 Flugzeugraketen u. ä. m. nicht mehr gekauft werden mussten. Wir baten im Sommer 1990 die Sowjets, bestimmte Raketen, die bei uns stationiert waren, zurückzunehmen. Sie weigerten sich. Wir hinterfragten dies genauer, bis wir feststellten, dass es für diese Raketen keine Technologie des Abbaus gab, sie waren nur zum Abschießen vorgesehen.

Neben den strategischen Problemen kamen weitere Schwierigkeiten auf den Tisch, die täglich operativ zu lösen waren. In dem Maße, wie die Autorität der sowjetischen Regierung zerfiel, erodierte auch die Autorität der sowjetischen Offiziere. In ihren Reihen kam es damals zu einer rasanten Zunahme der Kriminalität. Wir haben damals berechnet, dass in

den ersten vier Monaten 1990 eine Kriminalitätszunahme von über 30 % zu verzeichnen war. Es gab täglich zunehmende Proteste von Bürgerbewegungen sowie Demonstrationen vor Kasernen und Flugplätzen – alles höchst kritische Situationen, in denen sich der über 40-jährige Unmut Bahn brach und die Reaktion der russischen Seite kaum zu berechnen war.

Ich glaube, über den Abzug der russischen Truppen kann man nicht isoliert sprechen. Vielmehr müssen wir diesen Abzug in einen politischen Zusammenhang mit den Veränderungen in ganz Mittel- und Osteuropa bringen. Wir müssen ihn vor allem im Kontext der deutschen Einigung sehen. Der Ostblock oder, wie es offiziell hieß, das „sozialistische Lager“ war, wenn auch unfreiwillig, unter sowjetischer Vorherrschaft durch zwei Bündnisse vernetzt und verzahnt. Im wirtschaftlichen Bereich waren die Staaten im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und im Sicherheitsbereich in der Warschauer Vertragsordnung (WVO) verbunden. Jeder, der sich einmal näher mit den Vertragswerken des RGW, mit den Fünfjahresplänen, den jährlichen bilateralen Handelsabkommen, mit den ALB/RGW, d. h. den Allgemeinen Liefer- und Leistungsbedingungen des RGW (ein RGW-internes Zivilrecht) und den dazu ergangenen bilaterale Ergänzungsprotokollen befasst hat, musste erkennen, dass es sich um eine sehr enge Vernetzung zur Befriedigung vorwiegend sowjetische Interessen handelte. Dass aber auch eine Loslösung daraus zur Verletzung eigener Interessen des Ausscheidenden führen musste. Eine ähnliche Vernetzung der Interessen gab es in der Warschauer Vertragsordnung nicht, es sei denn, man gehörte zu denen, die in dem Gleichgewicht des Schreckens der beiden Blöcke den Garanten der Sicherheit sahen, statt im Abbau der Blockkonfrontation und der Schaffung bündnisüberwölbender Strukturen, beispielsweise der KSZE.

Mit dem Fall der Mauer und den sich im Dominoeffekt vollziehenden Änderungen der politischen Verhältnisse in den Vertragsstaaten war klar, dass die Tage der beiden Konstrukte gezählt waren. Offen war nur die Frage, in welchem Tempo, in welchen Schritten sollte sich das wechselseitige Freigeben vollziehen.

Es waren dann auch durch die Sowjetunion selbst entscheidende Weichenstellungen für den RGW-Handel längst vollzogen, als am 18. März 1990 die erste freie Volkskammer gewählt wurde, die sich am 12. April 1990 ihre Regierung wählte.

Spätere Behauptungen, erst diese Regierung hätte mit der „vorschnellen Einführung der D-Mark“ den Osthandel zerstört, gehören ebenso in das Reich der Legende wie die Behauptung, dadurch hätte sie die zehnstärkste Industrienation ruiniert. Stimmt der erste

Vorwurf, hätte ja der Handel der Sowjetunion mit Polen, mit Ungarn oder der damaligen Tschechoslowakei weiter funktionieren müssen.

Nein, die Implosion vollzog sich im Ganzen und unabhängig von der Währungsunion. An dem bereits erwähnten 12. April 1990 wurden nicht nur die Regierung gewählt und die dieser Regierungsbildung zugrunde liegende Koalitionsvereinbarung unterzeichnet, sondern es wurde auch eine Erklärung der Volkskammer verabschiedet, die weltweite Beachtung fand und in der wir, die Mitglieder, uns zu unserer Verantwortung für die ganze deutsche Geschichte und die Zukunft bekannten. Diese Erklärung schloss auch die Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings ein und versicherte dem polnischen Volk seine Westgrenze.

Besonders die letzte Feststellung war uns wichtig, dies umso mehr, als bereits kurz nach dem Fall der Mauer polnische Besorgnisse laut wurden, dass unkluge Äußerungen einiger Bundespolitiker Boden gewinnen könnten.

Bereits am 9. März 1990 erklärte Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki in einem Interview für die französische Zeitung Le Monde: „Wenn es an der Zeit ist, die Nachkriegsgeschichte abzuschließen, dann muss Polen seine alliierten Rechte geltend machen und sein Wort mitreden.“

Ich war zwar nicht der Auffassung Mazowieckis, dass Polen einen „Stammpfahl“ bei der auf der Konferenz „Offener Himmel“ in Ottawa, im Februar begonnenen 2 + 4 Gesprächen hatte. Die Bezeichnung 2 + 4 benannte den durch die Geschichte legitimierten Teilnehmerkreis endgültig. Wohl aber war ich der Überzeugung, dass Polen zu allen Polen tangierenden Fragen zu hören und zu berücksichtigen sei. „Insbesondere das polnische Volk soll wissen, dass sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.“ So hatten wir es in der Erklärung vom 12. April 1990 in der Volkskammer gesagt, und ich hatte Verständnis dafür, dass die Polen diese Aussage gerne in einer völkerrechtlich verbindlicheren Form gelesen hätten.

In einem wenige Tage nach der Regierungsbildung überreichten sowjetischen Nonpaper heißt es, dass die inneren und äußeren Aspekte der deutschen Einheit miteinander verbunden werden müssten, und was die äußeren Aspekte seien, bestimmte die sowjetische Führung.

Beispielhaft wurden genannt:

- Vertragstreue hinsichtlich der völkerrechtlichen Verträge der DDR.
- Die „Unannehmbarkeit der Eingliederung des geeinten Deutschlands in die NATO“.
- Eine gemeinsame abgestimmte Haltung der DDR und der Sowjetunion bezüglich des VKSE Prozesses in Wien, d. h. der Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte.
- Der Fortbestand der NATO und der Warschauer Vertragsordnung.
- Die Nichtanwendbarkeit des Artikels 23 des Grundgesetzes (Beitrittslösung).
- Die Forderung nach einem Friedensvertrag mit der Regelung der Nachkriegsgrenzen.
- Der Vertrauensschutz für bestehende Wirtschaftsverträge zwischen der Sowjetunion und der DDR.

Nun, wir wissen, die Geschichte hat manches anders gerichtet. Von besonderer Wichtigkeit war für unsere unmittelbaren mitteleuropäischen Nachbarn, d. h. die Polen, die Tschechen und Slowaken und die Ungarn, schon damals die Lösung der Sicherheitsfrage. Einerseits wollten sie schnell und deutlich eine Loslösung von der sowjetischen Hegemonialmacht, aber andererseits fürchteten sie, in ein sicherheitspolitisches Vakuum oder in eine Isolation zu geraten.

Vaclav Havel formulierte am 10. Mai 1990 beim Europarat sein Ziel wie folgt:

Er hoffe auf die „Idee einer europäischen Sicherheitskommission als Fortentwicklung der KSZE“. Am 7. Juni 1990 fand in Moskau die letzte Tagung des „Politisch beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes“ statt (so nannte man den WVO-Gipfel). Am späten Nachmittag des 6. Juni kam in Moskau Istvan Horvath, der damalige ungarische Botschafter in Deutschland, zu mir und lud mich für den Abend in die dortige ungarische Botschaft ein. Das Hotel „Oktjaberskaja, in dem wir alle wohnten, sei zu verwandt und man wolle daher an einem sicherem Ort, d. h. in der ungarischen Botschaft, das morgige Vorgehen besprechen. Anwesend waren Josef Antal, Vaclav Havel, Tadeusz Mazowiecki und ich. Antal war durch einen Parlamentsbeschluss gebunden und sollte nach Möglichkeit sofort die Warschauer Vertragsordnung verlassen. Havel und Mazowiecki waren etwas bedächtiger, erhoben aber die Forderung nach Umwandlung in ein politisches Bündnis und die Auflösung desselben im Ganzen binnen Jahresfrist.

Ich musste den Gesprächspartnern für die DDR erklären, dass sich für uns die Lösung dieses Problems im Zusammenhang mit den 2 + 4 Gesprächen ergeben würde und dass wir von daher ihnen in ihren Bemühungen kein starker Partner sein könnten. Ich bin noch heute dankbar, dass von meinen damaligen Gesprächspartnern diese Position akzeptiert wurde. Ich erinnere mich noch gern an das amüsierte Gesicht Havels, der sagte, dass er es schon

sehr komisch fände, wenn ein Philosoph wie Mazowiecki, ein Historiker wie Antat, ein Schriftsteller wie Havel und ein Musiker wie de Maizière im Hinterzimmer Weltgeschichte spielten. Immerhin haben wir uns mit unseren Vorstellungen am Folgetage gegen Gorbatschow aber auch gegen den Rumänen Ilescu und den Bulgaren Mladenow durchgesetzt, die eine militärische Stärkung der Warschauer Vertragsordnung forderten.

Dieses unser Sich-Durchsetzen war die eigentliche Sterbestunde des einst mächtigen Warschauer Paktes. Der Versuch, beim Treffen der Verteidigungsminister am 14. Juni 1990 in Berlin, das Bündnis zu demokratisieren und zu einem politischen Bündnis umzubauen, d. h. das Rotationsprinzip einzuführen und einen zivilen Generalsekretär an die Spitze zu setzen, scheiterte am Veto der Sowjetunion. Das Wissen um das Ende der Warschauer Vertragsordnung und damit einer noch benennbaren Alternative zur NATO und der Zunahme eigener innerer Schwierigkeiten auf politischem und ökonomischem Gebiet zeigten Wirkung. Sie mögen Gorbatschow unter anderem auch dazu bewogen haben, seine bisherige starre Haltung in der Frage der Bündniszugehörigkeit des geeinten Deutschland in der NATO zunächst auf dem Gipfel mit George Bush und dann im Kaukasus gegenüber Helmut Kohl aufzugeben.

Die Folge davon waren: die Regelungen des 2 + 4 Vertrages, des Stationierungs- und Abzugsabkommen, das zunächst den Abzug für den 31. Dezember 1994 vorsah, der später auf den 31.08.1994 vorverlegt wurde. In beiden Staatsverträgen zur Herstellung der deutschen Einheit, d. h. sowohl im Vertrag zur Schaffung einer Währungs- Wirtschafts- und Sozialunion, als auch im Einigungsvertrag haben wir uns bemüht, den Grundsatz des Vertrauensschutzes gegenüber unseren osteuropäischen Nachbarn Geltung zu verschaffen.

In Artikel 12 des Einigungsvertrages haben wir für die Staatensukzession gesorgt, dennoch haben manche erhaltungswürdige Verbindungen dem Strom der Zeit nicht standgehalten. Je mehr Abstand wir gewinnen, stellt sich die deutsche Einigung eher als „Abfallprodukt des Untergangs des Sowjetimperiums“ und weniger als Verdienst der Deutschen dar. Im Grunde ist sie das Jahrhundertgeschenk an unser Volk. Dieses Verständnis kann uns sehr dabei helfen, dass die Dankbarkeit für die Einheit immer größer bleibt als der Stolz auf das inzwischen aus eigener Kraft Erreichte.

Aber - wenn ein Weltreich untergeht, hinterlässt es leider immer eine ziemliche Unordnung. Ausdruck dieser Unordnung sind zahlreiche Risiken. Risiken sozialer Art, Risiken militärischer Art und in diesem Jahrhundert neu hinzugekommene, Risiken ökologischer Art.

Die Mauer hatte eine merkwürdige, wie man neudeutsch sagen würde, ambivalente Doppelfunktion. Uns Ostdeutsche und Osteuropäer hat sie zuverlässig eingesperrt, war sie die fast unüberwindliche Gefängnismauer. Den Westen hat sie, so monströs und paradox es klingen mag, geschützt, hat ihn vor so manchem kalten sibirischen Wind bewahrt.

Nun gibt es nicht mehr die andere Seite, die ihre Probleme und Angelegenheiten mehr schlecht als recht aber immerhin alleine regelt. Es ist quasi über Nacht der gemeinsame Kontinent, ein Kontinent ohne Ostgrenze wiederentstanden. Die Probleme des Ostens sind nicht mehr nur die Probleme des Ostens, sondern sie sind auch wieder existentielle Probleme des Westens geworden. Wo aber der Gegensatz zwischen Ost und West an Bedeutung verliert, da wächst das Gewicht und die Stellung der Mitte. Bosnien und das Kosovo haben uns dies noch einmal nachdrücklich vor Augen geführt. Sie machen uns vor allem bewusst, wie sehr sich das ursprüngliche Europa wieder bildet. Im Osten liegt Russland, im Westen Frankreich und Großbritannien und Deutschland ist es bestimmt, Mitte und Vermittler zu sein.

Das in den zurückliegenden Jahrzehnten vielfach beschworene „Gemeinsame Haus Europa“ kann und muss auch weiterhin unsere Perspektive sei. Aber dann braucht es auch eine Hausordnung.

Daraus ergibt sich folgende Aufgabe: Wir müssen aus der Geschichte die richtigen Lehren ziehen. Die wichtigste Lehre aus dem gesamten 20. Jahrhundert ist für Europa ohne Zweifel die, dass es Sicherheit immer nur miteinander und niemals gegeneinander geben kann. Darum ist es hilfreich, sich auch den Verlauf des Abzugs der russischen Truppen zu vergegenwärtigen. So schwierig und umfassend die gestellte Aufgabe auch war, die „größte militärische Aktion in Friedenszeiten“ wurde sie in meinem Thema genannt, sie wurde am Ende gelöst. Ich hatte Zahlen genannt, um wie viele Menschen und um welche Mengen an Material es sich gehandelt hat. Deutschland ist von dieser gewaltigen Last befreit. Die Zeit der Besatzung und der eingeschränkten Souveränität ist hoffentlich endgültig vorbei. Russland hat sich in diesem gesamten Prozess als vertragstreu und verlässlich erwiesen. Es gibt die reale Chance auf ein dauerhaftes Leben der Völker in Frieden und Freiheit.

Was ist aus dieser nun auch bereits wieder geschichtlichen Erfahrung für unsere gegenwärtige Situation zu lernen? Ich glaube, dass die größte Gefahr unserer Tage wieder darin liegt, die Konflikte des nun 21. Jahrhunderts mit den Methoden des 20. lösen zu wollen. Statt endlich eine neue Weltordnung des Vertrauens und des Friedens zu wagen, sind alle Staaten dabei, wieder in die Verhaltensmuster des Kalten Krieges zu verfallen. Diese

Regression ist gefährlich und der aus ihr erwachsende Konflikt wird wiederum keine Sieger kennen. Es gibt aber den Willen und auch die Möglichkeit, beides zu vermeiden. Deutschland und seinem Verhältnis zu Russland fällt hierbei die Schlüsselrolle zu.

Erinnern wir uns! Am 25. September 2001 hielt Wladimir Putin im Reichstag eine bemerkenswerte Rede. Er sagte damals: „Russland hegte gegenüber Deutschland immer besondere Gefühle. Wir haben Ihr Land immer als ein bedeutendes Zentrum der europäischen und der Weltkultur behandelt, für deren Entwicklung auch Russland viel geleistet hat. Kultur hat nie Grenzen gekannt. Kultur war immer unser gemeinsames Gut und hat die Völker verbunden.“ Der Präsident ging bereits mit dieser Einleitung einen großen Schritt auf das wiedervereinigte Deutschland zu, stellte eine besondere Partnerschaft in Aussicht und setzte seine Ansprache dann in deutscher Sprache fort. Es war das erste Mal, dass ein russisches Staatsoberhaupt vor dem deutschen Parlament sprach, und Putin tat es auf Deutsch.

Er unterstrich damals ganz selbstverständlich das Verhältnis Russlands zur Europäischen Union: „Was die europäische Integration betrifft, so unterstützen wir nicht einfach nur diese Prozesse, sondern sehen sie mit Hoffnung.“ Darüber hinaus stellte er in Aussicht: „Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird.“

Seine Sätze fanden damals durchaus Beifall und dennoch stehen wir nun nach 18 Jahren vor einer dramatischen Konfrontation, deren Folgen immer unabsehbarer werden. Nach meiner Überzeugung wäre sie nicht notwendig gewesen. Der Wille Russlands zur Verständigung ist aufrichtig, und noch gibt es Möglichkeiten, auf den Weg des Dialogs und der Verständigung zurückzukehren. Die nach wie vor bestehende Energiepartnerschaft stärkt diese Voraussetzungen und führt keineswegs in einseitige, sondern höchstens in gegenseitige Abhängigkeiten, in denen man auch Stabilitätsanker sehen kann. Die Europäische Union sollte keine Anstrengung scheuen und gleichsam einen wesentlichen Teil ihrer Identität darin sehen, eine Brücke zwischen Nordamerika und Russland zu bauen. Das Bündnis zwischen Europa und Nordamerika im Rahmen der NATO und die verlässliche Partnerschaft mit Russland sind die beiden Säulen einer Sicherheitsarchitektur des 21. Jahrhunderts. Europa darf sich nicht missbrauchen lassen für eine einseitige Allianz gegen

Russland. Vor allem müssen wir den immer irrationaler werdenden Dämonisierungen entgegentreten.

Wir Menschen können die Zukunft nicht voraussehen, sondern Orientierung immer nur dadurch gewinnen, dass wir uns in unsere Geschichte vertiefen. In diesem Zusammenhang gewinnt dann ein Ausspruch Hermann Wiesfleckers, des Biographen Kaisers Maximilians I., besondere Bedeutung. Er bekannte: „Nicht Theaterkulissen hat der Historiker zu malen, sondern der Wahrheit ein Haus zu bauen.“ Das europäische Haus wird nur auf den Fundamenten der Wahrheit dauerhaft gründen können und dem müssen wir uns gemeinsam stellen. Es ist somit auch ganz folgerichtig, wie sehr die Geschichte in den vergangenen dreißig Jahren wieder in den Blick einer breiten Öffentlichkeit gerückt ist. Die monströsen Kriege des vergangenen Jahrhunderts, die aus ihnen geborenen grausamen Verbrechen, die GULAGs und Vernichtungslager, die Genozide und millionenfachen Vertreibungen, der Eiserne Vorhang, die Teilung des Kontinents, der Kalte Krieg hatten furchtbare Folgen. Sie führten zuletzt fast zum völligen Abbruch von all dem, was unsere Kultur ausgemacht hat. Sie haben auch den freien Blick der Menschen und Völker auf ihre gemeinsame Vergangenheit beinahe gänzlich zerstört. Die Aufgabe der Ära nach Mauerfall und Truppenabzug bleibt es, dass wir uns aus der Diktatur dieses Alptraums wieder befreien. Ich nämlich bin fest davon überzeugt, dass das Grauen des 20. Jahrhunderts nicht Ergebnis eines verkehrten Wesens Europas war, sondern geradezu im Gegenteil ein archaischer Angriff auf die aus der Geschichte gewachsene Identität unseres Erdteils.